

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. Inzuzüglich Postgebühren. Einzelnummern 10 Kpf. Alle Anzeigen und Postgeschäftsstellen, nebst den in ihnen enthaltenen Anzeigen, werden nach Möglichkeit am nächsten Morgen abgedruckt. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Druckarbeiten nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Druckarbeiten nicht verantwortlich.

Angabenpreis: die 8-spaltige Raumzeile 20 Kpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3-spaltige Raumzeile im letzten Teil 1 RM. Rechnungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgelege und Platzvorschriften berücksichtigen. Anzeigen für die Richtigkeit der Druckarbeiten nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Druckarbeiten nicht verantwortlich.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostock behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 184 — 92. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Volkshoch: Dresden 2411 Mittwoch, den 9. August 1933

Ausföderung der Mittelstandskredite

Der organisatorische Aufbau des Mittelstandes, also der kleineren und mittleren Unternehmer, des Handwerks und Gewerbes sowie des Einzelhandels, ist in eine neue Phase getreten: Der Kampfbund für den gewerblichen Mittelstand, der bei der Neuordnung der politischen Verhältnisse seit dem Januar d. J. eine große Rolle gespielt und vor allen Dingen in diesen früber so arg zersplitterten Teil der deutschen Wirtschaft den Gedanken der Gemeinsamkeit hineingetragen hat, ist im Einverständnis mit dem Reichsminister aufgelöst worden. In der diesbezüglichen Anordnung wird mit Recht gesagt, daß die Aufgabe des Kampfbundes in der bisherigen organisatorischen Form erfüllt sei. Er wird einerseits in die nationalsozialistische „Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation“ („Hago“), also nach der nationalpolitischen Richtung hin, und andererseits den Gesamtverband des deutschen Handwerks, Handels und Gewerbes, also nach der nationalwirtschaftlichen Richtung hin, auseinandergelgliedert; dieser Gesamtverband gehört natürlich auch zur deutschen Arbeitsfront. Die Aufgabe und Arbeitsmethode der neuen „Hago“ entspricht mitbin den Zwecken der NSD. Man darf hier sogar noch mehr sagen: die Gesamtkombination der deutschen Wirtschaft überhaupt ist damit einen weiteren großen Schritt vorwärtsgedrungen worden unter sorgfältiger Auseinanderhaltung dort des Zieles der nationalpolitischen Erziehungsarbeit, hier des wirtschaftlichen Zweckes.

Seit dem Januar d. J. ist der Mittelstand zunächst einmal nach dieser organisatorischen Seite hin sehr stark im kämpferischen Sinne beeinflusst worden, während man auf wirtschaftlichem Gebiete hier nur langsamer vorwärts kam. Seit Jahren aber ist das Hauptproblem in diesem Streben des Mittelstandes nach seiner eigenen wirtschaftlichen Geltendmachung und auch volkswirtschaftlich genügender Berücksichtigung immer wieder die Kreditfrage gewesen: Seiner wirtschaftlichen Bedeutung entspricht nie der Anteil, den der Mittelstand an dem Gesamtvolumen des deutschen Kredites hätte erhalten müssen und nach dem er so oft gerufen hat. Erst der große Bankenzusammenbruch im Jahre 1931 und die Gesamtuntersuchung, die nun staatslicherseits auch über die Kreditverteilung veranstaltet worden ist, hat die schwere Benachteiligung des Mittelstandes dabei ergeben und des weiteren zu der Erkenntnis und Anknüpfung geführt, daß nun endlich der Mittelstand in Handwerk, Handel und Gewerbe sowie der kleinere und mittlere Unternehmer kreditpolitisch besser berücksichtigt werden sollte. Anlässlich jener Untersuchung mußte auch festgestellt werden, daß die Kreditverteilung der großen Unternehmungen besonders durch die Großbanken sich als eine sehr gefährliche Gepflogenheit erwiesen hatte. Denn die Verluste, die bei der Kreditgewährung an die „Großen“ erlitten worden sind, waren verhältnismäßig und natürlich auch der Höhe nach weitaus größer als die Einbußen beim Mittel- und Kleinkredit. „Der neue Kreditaufbau müsse auf viel mehr Schultern errichtet werden“, hieß es damals auf der Regierungsbank, — aber es sind viele Monate vergangen, bis nun endlich, unter ganz anderen volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten als damals, jene Erkenntnisse in die Tat umgesetzt worden sind und die Versprechungen zur Förderung der kreditpolitischen Lage des Mittelstandes nicht mehr nur Worte bleiben, sondern Taten wurden.

Denn die großen und mittleren Kreditinstitute teilen mit, daß im Zusammenhang mit der allgemeinen Geschäftsbellebung bei ihnen in den letzten Wochen zahlreiche Kreditanfragen eingegangen wären, von den Anträgen hätten sehr viele, selbst „unter Zugrundelegung der heute geltenden strengen Prüfungsbestimmungen“, im positiven Sinne erledigt werden können. Die Banken erklären, in letzter Zeit „neue Mittelstandskredite“ gewährt zu haben, besonders der Textil- und Maschinenindustrie, und zwar zwischen 20 000 und 50 000 Mark im Einzelfalle; hier und da wären auch Gesuche um höhere Beträge bewilligt worden, während Millionenkredite heute eine große Seltenheit wären. Diese Mittelstandskredite gehen also an kleine und mittlere Unternehmer, während naturgemäß jene Kredite, die z. B. an Handwerker gegeben worden sind, kaum den Höchstbetrag von 10 000 Mark überschreiten; auch diesem Wirtschaftszweig, so heißt es in der Veröffentlichung, wären von den Banken in letzter Zeit Kredite in breiterem Umfang als früher bewilligt worden.

An diesen Mitteilungen ist nun allerdings das eine zu bemängeln, daß in ihnen selbst von „strengen Prüfungsbedingungen“ für die Kreditbewilligung gesprochen wird. Sogar man selbstverständlich einem Verlangen das Wort reden will, leichtfertig die den Banken anvertrauten Gelder für Kreditzwecke auszuliehen, so ist eine wirklich ausreichende Kreditverteilung zugunsten des Mittelstandes in Handwerk, Handel und Gewerbe mindestens solange nicht vorhanden, wie bei der Prüfung der Kreditgesuche immer und jedesmal die Frage der Sicherheit übertrieben stark in den Vordergrund geschoben wird. Hier müßte namentlich eine andere Bewertung

Danzigs neue Aussenpolitik.

Die Vereinigung der Danzig-polnischen Beziehungen.

Der Volkstag billigt die neuen Abmachungen.

Der Danziger Volkstag trat zu einer Vollziehung zusammen. Das Haus bot das Bild eines großen Tages. Die Diplomatenloge war überfüllt. Sämtliche nationalsozialistische Abgeordnete waren im Braubehemd erschienen. Der Präsident des Senats, Doktor Kauschnig, gab den Inhalt der zwischen Danzig und Polen am 5. August paraphierten Abkommen bekannt und betonte, daß mit ihrem Abschluß Danzig vor einer Wendung seiner Gesamtpolitik stehe. Durch den Warschauer Besuch sei die Atmosphäre des Mißtrauens beseitigt worden und es sei gelungen, in den verschiedensten wichtigsten Fragen, vor allem auch in der Frage der Ausnutzung des Danziger Hafens durch Polen, zu einer Übereinstimmung zu gelangen. Der Senatspräsident dankte dem anwesenden Völkerrundkommissar Kofing seinen Dank für die tätige Mitarbeit ab und sprach die Erwartung aus, daß auch die polnische Regierung nichts unterlassen werde, um die Durchführung dieser Abkommen zu gewährleisten.

Der Volkstag nahm nach der Rede Kauschnigs eine Entscheidung an, in der die Erklärung des Senats über die Danzig-polnischen Abmachungen gebilligt und versichert wird, daß die Danziger Bevölkerung mit Geschlossenheit sich hinter die weiteren Bemühungen zur Anbahnung eines freundschaftlichen Verhältnisses und zur Herbeiführung eines politischen und wirtschaftlichen Friedens mit der Republik Polen stellt. Der Volkstag spricht dabei die Erwartung aus, daß Polen den berechtigten Danziger Interessen Rechnung trägt.

Die neuen Danzig-polnischen Abmachungen vom 5. August, die Mitte September feierlich unterzeichnet werden sollen, sind vom Danziger Senat veröffentlicht worden. Die beiden wichtigsten Übereinkommen behandeln die Ausnutzung des Danziger Hafens durch Polen, der bekanntlich unter der Konkurrenz Gdingens schwer leidet, und die Behandlung polnischer Staatsangehöriger in Danzig.

Im ersten Fall verpflichtet sich die polnische Regierung, unverzüglich alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den Rückgang des seewärtigen Verkehrs (Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr), der gegenwärtig über den Hafen von Danzig geht, unter Berücksichtigung der Quantität und der Qualität der Ware zu verhindern. Der Senat Danzigs wird im Rahmen der finanziellen und wirtschaftlichen Möglichkeiten der Freien Stadt mit der polnischen Regierung an der Förderung des direkten seewärtigen Verkehrs zusammenarbeiten.

Auf Grund des Übereinkommens über die Behandlung polnischer Staatsangehöriger auf Danziger Gebiet werden u. a. in Danzig öffentliche Volksschulen mit polnischer Unterrichtssprache errichtet werden, und zwar auf schriftlichen Antrag von Erziehungsberechtigten für mindestens 40 Schulkinder polnischer Herkunft oder Sprache, die in derselben Gemeinde oder in Nachbargemeinden in einem Umkreis von 3,5 Kilometer wohnen. Personen polnischer Herkunft oder Sprache können ferner auf ihre eigenen Kosten Privatschulen und Erziehungsanstalten höherer Art und jeden Grades errichten, leiten, überwachen und unterhalten sowie Privatunterricht geben. Die Freie Stadt Danzig gewährleistet auch den freien Gebrauch der polnischen Sprache sowohl in persönlicher als auch in wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen. Dies bezieht sich auf den Gebrauch der polnischen Sprache in der Presse, bei Veröffentlichungen jeglicher Art als auch bei öffentlichen und privaten Versammlungen.

Rundfunkgrößen im Konzentrationslager.

Alfred Braun und Genossen im Konzentrationslager.

Auf Veranlassung der Geheimen Staatspolizei sind die in die Korruptionsaffäre beim Rundfunk verwickelten früheren „Großen“ Alfred Braun, Direktor Magnus, Intendant Jelsch und Ministerialrat a. D. Gieseke in Schutzhaft genommen und in das Konzentrationslager Dranienburg übergeführt worden. Der frühere Direktor Knöpfke wurde in Oberhof festgenommen und nach Berlin übergeführt. Da er einen Nervenzusammenbruch erlitten hat, ist er zur Zeit im Staatskrankenhaus untergebracht worden.

Der ehemalige Reichskommissar, Staatssekretär a. D. Bredow hat an das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda ein Telegramm gerichtet, in dem er erklärt, daß um den Rundfunk „hochverdiente Männer“ verhaftet und in ein Konzentrationslager gebracht worden seien. Er fühle sich mit diesen Männern verbunden und bitte um die gleiche Behandlung. Die Bezeichnung „hochverdiente Männer“ für die Herren Braun, Jelsch, Magnus, Gieseke und Knöpfke beruht offenbar auf einem Druckfehler. Es soll wohl heißen „hochverdiente Männer“, denn diese Herren haben sich ihre „Verdienste“ um den Rundfunk mit vielen hunderttausend Mark bezahlt lassen.

Die Festnahmen stehen im Zusammenhang mit der Aufdeckung der ungeheuren Verschleuderung öffentlicher Gelder und der ungerechtfertigten Bereicherung auf Kosten der Öffentlichkeit durch die Festgenommenen. Zur Inhaftnahme der Rundfunkgrößen wird noch ergänzend mitgeteilt, daß die Überführung ins Konzentrationslager notwendig gewesen sei wegen der Empörung der Öffentlichkeit. Man habe für die persönliche Sicherheit der Schuldlinge Vorsorge treffen müssen. Im übrigen könne es für sie nur „böse“ sein, wenn sie sich im Konzentrationslager an primitivere Verhältnisse gewöhnen würden.

Die „Sicherheit“ schon deswegen eintreten, weil die Warenpreise inzwischen mindestens stabilisiert worden sind und nicht mehr wie in den Zeiten der wachsenden Krise immer weiter herunterrutschen, dadurch also die Sicherheit der Kreditunterlagen tatsächlich gefährden konnten. Und darin müßten auch die Willkür der großen Kreditinstitute im Interesse des Mittelstandes außerhalb Berlins endlich eine größere Prüfungs- und Bewilligungsfreiheit erhalten und hier die straff gezogenen Zügel wieder etwas gelockert werden.

Verfehlungen auch beim Schlesißen Rundfunk.

Breslau. Ueber das korrupte Geschäftsgebaren der bei der Schlesißen Rundfunkentlastung entlassenen Geschäftsführer wurden in der gestrigen Gesellschafterversammlung interessante Einzelheiten bekanntgegeben. Dem entlassenen Geschäftsführer Direktor Wilhelm Habert und Intendant Fritz Bischoff wurde von der Versammlung keine Entlastung erteilt. Bischoff hat neben den ihm zustehenden Tagesgehältern noch „Ueberspelen“ gemacht und sie unter dem Titel „Diverses“ sich auszahlen lassen.

Wieder drei margifistische Größen im Konzentrationslager.

Dafür sechs Verführte entlassen. Das Geheimne Staatspolizeiamt hat die drei früheren Reichstagsabgeordneten Künzler, Heilmann und Gbert, den ehemaligen Chefredakteur der sozialdemokratischen „Brandenburger Zeitung“ und Sohn des ersten Reichspräsidenten, in Schutzhaft genommen. Die drei Personen wurden in das Konzentrationslager Dranienburg eingeliefert, wo die gesamte Belegschaft zu ihrem Empfang antrat. Für diese drei prominenten Margifisten werden sechs verführte Arbeiter, die sich bisher in Schutzhaft befanden, aus dem Dranienburger Konzentrationslager entlassen werden.

Mehrere Jahre Konzentrationslager für Verteiler von Hefflugblättern.

Beamte des Geheimen Staatspolizeiamtes in Berlin nahmen eine Durchsuchung bei den Siemenswerken vor. Dabei wurde eine große Menge kommunistischer Flugblätter gefunden, in denen zum Streik und zur Sabotage aufgerufen wurde. 15 Arbeiter der Siemenswerke wurden festgenommen und in das Konzentrationslager Dranienburg eingeliefert.

Der Leiter des Geheimen Staatspolizeiamtes weist bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß in Zukunft jeder Verteiler kommunistischer und anderer Flugblätter, die gegen die nationalsozialistische Regierung gerichtet sind, damit zu rechnen hat, auf mehrere Jahre in ein Konzentrationslager zu kommen.